



Marx in Marxloh

1. Febr. 2026
Abbau demokratischer
Rechte als
„Kriegssituation“?

Liebe Freundinnen und Freunde von Marx in Marxloh!

Die Kennzeichen mehren sich, dass die Bundesrepublik und andere Staaten Westeuropas – über die Ukraine – auf einen Krieg mit Russland zusteuern. 67 Mrd. € hat allein die Bundesrepublik der Ukraine bisher gezahlt, 11,6 Mrd. sollen demnächst schon wieder folgen. Bundeskanzler Merz sieht uns zwar noch nicht im Krieg, aber auch nicht im Frieden mit Russland; der Verteidigungsminister will uns unumwunden „kriegstüchtig“ machen. Die Militarisierung unseres Landes schreitet auf allen Ebenen fort.

Seit zwei Jahren nimmt sie Repression gegen Kriegsgegner in Deutschland zu. Verfahren wegen „Volksverhetzung“ und „Billigung von Straftaten“ mehren sich, wie auch die seit 2025 zu beobachtenden Personenaktionen. Der Korridor der Meinungsfreiheit wird merklich eingeschränkt. Wer keinen Kotau vor der russophoben Grundstimmung macht, wird diffamiert, gilt als „Putinversteher“ und muss oft auch mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Kritische Journalisten werden auf die Sanktionsliste für „russische Destabilisierungsversuche“ gesetzt, ohne ordentliches Gerichtsverfahren oder rechtliches Gehör. Eine einfache technische Verordnung der EU setzt alle Grundrechte außer Kraft und führt faktisch zu einer „extralegalen Existenzvernichtung“ bestimmter Personen.

Im Gleichklang der politischen Äußerungen betrommeln Radio, TV und Tageszeitungen eine wie auch immer definierte Staatsraison und betreiben die gesellschaftliche Ächtung und Kriminalisierung von Gegenpositionen. Berichte von oppositionellen Gruppen, Aktivitäten und Veranstaltungskündigungen werden nicht abgedruckt. Neuerdings gibt es Kündigungen von Konten, deren Inhaber durch Spendenaktionen „auffällig“ wurden. Die Banken und Sparkassen folgen offenbar in vorauselendem Gehorsam den Vorgaben der repressiven Regierungspolitik. Ob die zunehmende Repression im Inneren nur die Kehrseite der kriegerischen Außenpolitik ist und welche Ausmaße und Formen diese Repression mittlerweile angenommen hat, dazu wird

Rechtsanwalt Jürgen Schütte

im Rahmen einer Marx-in-Marxloh-Veranstaltung am 1. Februar 2026
im Jugend- und Kulturzentrum Marxloh, Kaiser-Wilhelm-Str. 284, 47169
Duisburg, von 11 – 13 Uhr mit anschließender Diskussion - referieren.

In der Hoffnung, dass Ihr alle gesund, neugierig und wütend genug seid, hoffen wir
Euch in großer Runde wiederzusehen!!!

Mit kämpferischen Grüßen
Eure Hannah Schönig und Edith Fröse